

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université
Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten
Band: 25 (1999)
Heft: 4

Artikel: Warum eine Professorenvereinigung?
Autor: Schiedermaier, Hartmut
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894083>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- dass sie die Freiheit der Forschung in Anspruch nehmen gegenüber der politischen Funktionalisierung ebenso wie gegenüber der wissenschaftsinternen Ideologisierung.
- dass sie von einem solipsistischen Elfenbeinturm Abschied nehmen und es zugleich wagen, in kritische Distanz zu gehen zu den herrschenden gesellschaftlichen Problemdefinitionen und Lösungsvorstellungen.
- dass sie sich auf wissenschaftliche Sachlichkeit und auf die Qualität von Lehre und Forschung konzentrieren und sich gegen die Instrumentalisierung von Wissenschaft zur Wehr setzen, von welcher Seite sie auch kommen mag.
- dass sie den Kernkompetenzen der Universität ihre ganze Arbeitskraft widmen und dass sie daran ihre helle Freude haben mögen.

Warum eine Professorenvereinigung?

Hartmut Schiedermaier

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen Hochschullehrer heute leben und arbeiten, fordern eine Berufsvertretung der Hochschullehrer geradezu ein. Die moderne Mediengesellschaft hat eine Vielzahl an Interessengruppen hervorgebracht, allein in Deutschland gibt es zur Zeit schätzungsweise über 3000 Verbände aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Wer sich in Politik und Öffentlichkeit Gehör verschaffen will, muss mit einheitlicher und vor allem vernehmlicher Stimme sprechen. Dies wird aller Voraussicht nach verstärkt für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts gelten.

In gleichem Mass wie sich die moderne Gesellschaft zu einer Wissens- und Informationsgesellschaft entwickelt – oder wenigstens zu entwickeln glaubt – wächst auch der Druck auf die in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortlichen, ihre Handlungen und Planungen den veränderten Bedingungen der Wirklichkeit anzupassen. Dies aber ist eine Aufgabe, die den Einzelnen, mögen seine Anliegen auch im allgemeinen Interesse liegen, völlig überfordert. Eine Vereinigung von Hochschullehrern stellt jene Synergieeffekte her, die nötig sind, um über die Grenzen der wissenschaftlichen Einzeldisziplinen hinaus die allen Hochschullehrern gemeinsamen Interessen zu sammeln, der Öffentlichkeit vorzutragen und, wo immer möglich, durchzusetzen.

Es bedarf keiner Hervorhebung, dass die Artikulation der Hochschullehrerbelange durch einen Berufsverband einen weiteren, nicht zu unterschätzenden Vorteil bietet: Wo die Sorgen und Nöte des einzelnen Hochschullehrers um die Qualität von Wissenschaft und Ausbildung durch Wissenschaft nur allzu leicht als rein persönliches Anliegen von der Öffentlichkeit missverstanden werden könnten, sind die Aussagen, Wünsche und Forderungen einer Professorenvereinigung von gänzlich anderer Qualität und anderem Gewicht.

Sinn und Zweck einer Vereinigung von Professoren lassen sich verschieden bestimmen, je nachdem, ob man sie unter dem Blickwinkel der Aussen- oder der Innenwirkung definiert:

Nach aussen vertritt eine Professorenvereinigung durch Mitwirkung an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen in Form von Verhandlungen, Interventionen, Stellungnahmen und Gesprächen die hochschulpolitischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen der Hochschullehrer gegenüber Staat und Gesellschaft. Neben der Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsprozess kommt der permanenten Werbung um das Vertrauen der Öffentlichkeit besondere Bedeutung zu.

Den Hochschullehrern kann es nicht gleichgültig sein, wie die Bevölkerung über ihre Arbeit und ihre Anliegen denkt. Wie jede andere Berufsgruppe sind Professoren – heute mehr denn je – auf das Verständnis der Gesellschaft für ihre Tätigkeit angewiesen. Dies belegt nicht zuletzt die aktuelle Diskussion um eine leistungsorientierte Besoldung der Professoren in Deutschland. Indem sich Professoren zu einer Berufsvertretung vereinigen, schaffen sie sich selbst ein Instrument, um die Bedingungen, unter denen sie arbeiten und wirken, mit zu gestalten.

Betrachtet man eine Professorenvereinigung unter dem Blickwinkel ihrer Wirkung nach innen, so lässt sie sich als eine umfassende Service- und Informationseinrichtung für die vielfältigen Belange der Hochschullehrer umschreiben. So gibt der Deutsche Hochschulverband zwölfmal jährlich die renommierte und mit über 20.000 Exemplaren zugleich auflagenstärkste hochschulpolitische Zeitschrift *"Forschung & Lehre"* heraus.

Daneben gibt er seinen Mitgliedern Rechtshilfe in allen berufsrechtlichen Fragen des Hochschulrechts, des Beamtenrechts, in Fragen der Besoldung, Versorgung und Nebentätigkeit sowie weiterer Rechtsgebiete. Er berät seine Mitglieder bei Berufungsverhandlungen individuell; er finanziert Musterprozesse zur Klärung grundsätzlicher Fragen des Hochschul- und Beamtenrechts; er versendet an interessierte Mitglieder die vollständigen Ausschreibungstexte vakanter Professorenstellen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, sortiert nach dem gewünschten Fachgebiet. Er hat einen Informationsservice eingerichtet, unterhält eine Unterstützungskasse für notleidende Hochschullehrer, veranstaltet Seminare, fördert Forschungsprojekte und dokumentiert sie in einer eigenen Publikationsreihe. Zahlreiche weitere Serviceleistungen schliessen sich an.

Neben diesen vielfältigen Leistungen ist eine Professorenvereinigung auch ein Forum, das der Information, der Meinungsbildung und dem Erfahrungsaustausch der Hochschullehrer dient und, bei gelegentlich heftig widerstreitenden Positionen, auch zum "Glätten der Wogen" beitragen kann. Nicht zu den letzten Aufgaben einer Professorenvereinigung gehört auch die Formulierung von Standards für das Berufsbild und die Berufsethik des Hochschullehrers. Dies ist eine umso wichtigere Aufgabe, als der Wandel, den das Berufsbild des Universitätsprofessors derzeit erfährt, Anlass zur Sorge bereitet.

Dienstleister nach innen, Interessenvertretung nach aussen: In diesen zwei Hauptaufgaben unterscheidet sich eine Professorenvereinigung nicht wesentlich von anderen Berufsverbänden. Eigenart, gesellschaftliche Stellung und Selbstverständnis des Hochschullehrers prägen jedoch den besonderen Charakter einer Vereinigung von Professoren und weisen ihr eigene Aufgaben zu.

Die Kumulation von ausgewiesenen Experten aus sämtlichen wissenschaftlichen Disziplinen befähigt einen Professorenverband nicht nur zur Erkenntnis und Formulierung allgemeiner gesellschaftlicher Interessen, sondern verpflichtet ihn auch zur Hilfestellung für die Politik durch die Bereitstellung seines Sachverständnisses. Das ist keine Holschuld der Politik, sondern eine Bringschuld des Verbandes.

Der Hochschullehrer selbst versteht sich als einen essentiellen Bestandteil der institutionellen Struktur der Hochschulen. Sein Status ist von der Hochschulverfassung bestimmt und mit ihr untrennbar verbunden. Deutschland hat sich im Grundgesetz zur Freiheit von Forschung und Lehre bekannt. Sie ist unverzichtbarer Bestandteil des demokratischen Staates und wird durch diesen Staat garantiert. Hochschullehrer sind daher am Erhalt und an der Festigung dieser demokratischen Staatsordnung in besonderer Weise interessiert. In der Jahrhunderte umfassenden Geschichte der europäischen Universität lassen sich genügend Beispiele für dieses Selbstverständnis der Professoren in Staat und Gesellschaft finden. Die Hochschullehrer sind sich dieser geschichtlichen Kontinuität bewusst und empfinden bis heute die Verpflichtung, die dieses historische Erbe für sie bedeutet.

Ich möchte hier nur an ein Beispiel der jüngsten deutschen Geschichte erinnern, das den deutschen Professoren noch lebhaft vor Augen steht, und das mit dem nunmehr 50jährigen Bestehen des Deutschen Hochschulverbandes in besonderer Weise verknüpft ist. Es sind dies die immensen Anstrengungen, die die Hochschullehrer beim Wiederaufbau der Universität nach der Vereinigung Deutschlands auf dem Gebiet der ehemaligen DDR geleistet haben. Die Deutschen Hochschulen standen vor einer Aufgabe, die den Einzelnen überforderte, zu der die Hochschullehrer in ihrer facettenreichen Gesamtheit einen unschätzbaren Beitrag für das staatliche Gemeinwohl geleistet haben. Schliesslich ging es damals um nichts weniger als um den Prozess der geistigen Erneuerung eines untergegangenen Staatsgebildes in Deutschland.

Das Bewusstsein der Hochschullehrer um das Verpflichtende, das aus diesem historischen Erbe und aus der Verantwortung der Professoren für Staat und Gesellschaft erwächst, macht sie zum Anwalt der Universität. Anwalt der Universität zu sein, bedeutet aber nicht, dass eine Vereinigung der Hochschullehrer im Streit der politischen Meinungen Partei nehmen soll. Es geht nicht darum, die Wissenschaft auf ein ihr fremdes Gebiet zu drängen. Vielmehr geht es darum, das der Wissenschaft selbst vorbehaltene Gebiet von wissenschaftsfremden Einflüssen frei zu halten. Das Selbstverständnis des Deutschen Hochschulverbandes als Berufsvertretung der Universitätslehrer gründet daher im einmütigen Bekenntnis: Wenn die Verhältnisse in der Universität als Einrichtung von Wissenschaft, Bildung und Kultur wohlgeordnet sind, dann sind auch die Belange und Interessen der Universitätslehrer gut aufgehoben. Mit diesem Bekenntnis zur Universität und ihrer Idee nennt sich der Deutsche Hochschulverband auch nicht etwa "Hochschullehrerverband".

Die Universität von heute hat in Deutschland anwaltlichen Beistand nötiger denn je. In der allgemeinen Reformdiskussion geht es um eine Hochschule, in der die Universität, wie sie nach ihrem Selbstverständnis ist und sein sollte, kaum mehr vorkommt.

Im heute allgegenwärtigen Trend zur Ökonomisierung soll alles und jeder "fit gemacht werden" für die Anforderungen, die der zunehmende Wettbewerb, die Globalisierung und das nächste Jahrtausend im allgemeinen an uns stellen. Die Universität wird hierbei nicht ausgenommen. Universitäten sollen sich zunehmend als reine Dienstleister verstehen. Sie seien in zeitgemässeren Formen zu führen und sollen daher eine straffe Leitungsstruktur erhalten – mancherorts ist sogar von einem "Aufsichtsrat" die Rede. Als "Manager" der "Aktiengesellschaft Universität" soll ein starker Präsident den Wissenschaftsbetrieb effizienter gestalten. Vertreter von Industrie und Wirtschaft sollen als Mitglieder von Hochschulräten die Universität zu einer grösseren Praxisnähe führen und ihr dadurch gleichzeitig – so wird es jedenfalls versprochen – mehr Autonomie zukommen lassen. Die internationale Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit von Hochschulen auf dem "globalen Bildungsmarkt" soll gesichert werden. Professoren sollen stärker auf die Wünsche ihrer "Kunden", der Studierenden, eingehen: Dies sind nur die gängigsten Schlagworte dieser Diskussion, die hinreichend belegen, wohin der Trend zur Zeit geht.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Selbstverständlich ist es notwendig und unumgänglich, sich veränderten Bedingungen und Anforderungen zu stellen und gegebenenfalls anzupassen. Der Wissenschaft ist dies nicht neu, ist es doch gerade sie, die oft Wegbereiterin und Motor grosser Veränderungen war und ist. Universitas semper reformanda: Gerade die Hochschullehrer wissen, dass es Wissenschaft und eine Universität nur geben kann, wenn sie sich im Prozess der geistigen Wandlung ständig erneuern. Wer an den gewandelten Bedürfnissen von Staat und Gesellschaft vorbeigeht, wird früher oder später nach der eigenen Existenzberechtigung gefragt werden oder gar völlig von der Bildfläche verschwinden. Dies trifft nicht nur auf Einrichtungen der Wissenschaft zu, sondern auf alle Institutionen des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Universitäten können und wollen in diesem Zusammenhang keine Ausnahme sein.

Das Problem bei dieser Reformdebatte ist also nicht ein fehlender Wille oder eine nur unzureichend vorhandene Fähigkeit der Universitäten zur notwendigen Veränderung. Das wirkliche Problem liegt woanders: Die debattierenden Parteien sprechen weder dieselbe Sprache noch über denselben Gegenstand. Wer die Debatte um die Reformbedürftigkeit der Universitäten aufmerksam und kritisch verfolgt, gewinnt schnell die Einsicht, dass die Universitäten in ihrer Eigenheit und den daraus erwachsenden vielfältigen Aufgaben nicht mehr verstanden werden. Im Gegenteil, das begriffliche Inventar derjenigen, die den Hochschulen ein straffes Management verordnen wollen, legt den Schluss nahe, dass Universitäten regelmässig mit grossen Wirtschaftsbetrieben verwechselt werden.

Immer wieder begegnen uns bei den Forderungen nach einem modernen Hochschulmanagement und nach einem die Kosten rechtfertigenden Output die ausschliesslich quantitativen Kategorien dieser Denkweise. So werden etwa als mögliche Leistungs- und Qualitätsindikatoren einer Hochschule im Bereich der Lehre unter anderem die Zahl der betreuten Studenten, Absolventen oder Promovierten angeführt, in der gewagten Annahme, diese Grössen allein könnten von einem vorbildlichen Betreuungsverhältnis zeugen.

Für den Bereich der Forschung denkt man an Faktoren wie die Zahl der in einem bestimmten Zeitraum publizierten Aufsätze oder der Zitierungen oder die Höhe der eingeworbenen Drittmittel. Dass ein solches quantitatives Denken darauf hinausläuft, Professoren und den wissenschaftlichen Nachwuchs zu hauptamtlichen Selbstrechtfertigern oder Strategen der Drittmittelbeschaffung zu machen, wird dabei geflissentlich übersehen.

Mögen die in die Diskussion eingebrachten Kriterien auch variieren, in einem Punkt ist man sich einig: Man wird nicht müde, die ökonomische Funktion der Universität zu betonen und das in Gesellschaft und Wirtschaft heute und zukünftig vermeintlich Brauchbare und Verwertbare zu fordern. Ein kenntnisreicher Beobachter der Universitätsdebatte in Deutschland hat diese modernen Utilitaristen daher zu Recht einmal als die "neuen Sophisten" bezeichnet: als Funktionäre, die verneinen, dass der Mensch ein Wesen ist, das Wahrheit um ihrer selbst willen sucht, und deren Denken sich nur innerhalb der Kategorien nützlich oder schädlich, brauchbar oder unbrauchbar bewegt.

Manche sachverständigen Beobachter und Kenner der Szene, wie etwa hochangesehene Rektoren, schätzen die gegenwärtige Bedrohung der deutschen Universität als gefährlicher ein als die Revolution von 1968. Damals haben die Akteure sich allein schon mit der Wahl ihrer radikalen Mittel um ihre Glaubwürdigkeit gebracht. Heute werden die Idee der Universität und die sich daraus ergebenden Aufgaben schlechthin nicht mehr wahrgenommen. Dass die Universitäten den Anspruch und die Aufgabe haben, in der Forschung, in Lehre und Studium sowie in der unmittelbaren Weitergabe von Erkenntnissen durch Wissenschaft die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Mensch zu seiner Bestimmung findet – dies bleibt in der gegenwärtigen Reformdiskussion völlig unbeachtet oder wird allenfalls als Ausdruck eines überwundenen und nicht mehr zeitgemässen, den Anforderungen im Zeitalter der Globalisierung und der "Wissengesellschaft" nicht mehr gewachsenen Denkens verstanden und daher nicht mehr ernstgenommen.

Es ist unerlässlich, dass die Universitätslehrer, die dazu von Amts wegen berufen sind, in der Öffentlichkeit deutlich ihre Stimme erheben. Es gilt, der Stimme der Vernunft und des sachbezogenen Argumentes wider die Sirenenklänge jener Gehör zu verschaffen, die die Universität nach dem Vorbild eines Wirtschaftsunternehmens mit Input und Output umgestalten wollen. Wir wissen sehr wohl, dass wir uns damit gegen den Zeitgeist wenden, der, längst zur Mode entartet, schnelllebig und ohne wirkliche Zukunft ist. Wir wissen sehr wohl, dass vieles zu verbessern ist – doch dieses nur im Dienste der Wissenschaft. Universitäten sind von ihrer Natur her weder rentable Betriebe noch öffentliche Beschaffungsämter für nützliche Informationen. Sie sind vielmehr wesentliche Elemente der Wissens- und Kultargesellschaft, in der Erkenntnis, Wahrheit und Bildung zum Dienst am Menschen und seiner Würde, aber auch um ihrer selbst willen gesucht wird. Diese Botschaft in Politik und Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen, ist schwer. Hier geht es uns wie jedem, der sich gegen Populismus und Zeitgeist wendet: Wir stehen vor einer Aufgabe, die neben unserem Sachverstand vor allem eines erfordert: Hartnäckigkeit und Geduld.

Doch bei allen Überlegungen zur Reform der Universität ist und bleibt für die Hochschullehrer die massgebende Richtlinie die von der Forschung gespeiste wissenschaftliche Lehre und Ausbildung sowie ihre stets zu steigernde Qualität. Der Deutsche Hochschulverband hat diese Position mit durchgehender Konsequenz in der Öffentlichkeit formuliert – und dies wird von Kollegen und Kolleginnen offenkundig honoriert. Dies belegt nicht nur die Zustimmung, die den Deutschen Hochschulverband täglich erreicht, sondern auch die ständig steigende Mitgliederzahl, die in den letzten 20 Jahren von 10'000 auf über 17'000 angewachsen ist, während die Zahl der Professorenstellen im selben Zeitraum fast stagniert hat. Die Universitätslehrer in Deutschland scheinen also zu wissen, wofür der Deutsche Hochschulverband steht und warum es sich lohnt, ihn durch die persönliche Mitgliedschaft zu unterstützen.

Warum eine nicht fachgebundene Vereinigung von Hochschullehrern? Der österreichische Universitätsprofessorenverband UPV antwortet

Heinz Gamsjäger

Einleitung

Ich wurde 1975 als Ordinarius an die Montanuniversität berufen. Seither war ich während ungefähr 70% meiner Dienstzeit als Vorsitzender oder Vorstandsmitglied des lokalen Professorenverbandes (PV) tätig. Erstaunlicherweise wurde mir dieses Amt schon 1977 anvertraut, obwohl ich als schlichter Wissenschaftler von feinerer Diplomatie und höherer Politik wenig bis nichts verstehe. Ich habe das immer als Hinweis darauf angesehen, wie im Kreise der Professoren – zumindest in Leoben – die Prioritäten gesetzt werden. Schließlich wurde ich 1998 zum Vorsitzenden des Dachverbandes gewählt.

Es läßt sich wohl nicht vermeiden, daß diese Darstellung von eigenen Erfahrungen geprägt ist. Eine wichtige davon ist, daß meine für den Professorenverband – also nicht fachbezogen – aufgewendete Zeit und Energie reich belohnt wurde, hatte ich doch Gelegenheit, prominente Gelehrte nicht nur aller österreichischen Fakultäten, sondern auch des Deutschen Hochschulverbandes näher kennenzulernen. Die Begegnung mit Geisteswissenschaftlern, Theologen, Medizinern und Juristen hat meinen Horizont über den naturwissenschaftlich-technischen Bereich hinaus erweitert und meine Bildung so abgerundet, wie ich es mir von meinem Beruf immer erhoffte.

Da ich also seit 1975 UPV-Mitglied bin, möchte ich gewissermaßen als Zeitzeuge kurz auf die Grundidee dieses Verbandes eingehen.

Zur Geschichte des UPV

Am 1.10.1975 trat in Österreich ein neues Universitäts-Organisationsgesetz, das UOG '75, in Kraft. Die "Ordinarien-Universität" wurde von der "Kurien- Universität" abgelöst, die Geschäfte des Professorenkollegiums wurden von Kollegialorganen übernommen, die im Verhältnis 2:1:1 aus Vertretern der Professoren-, Mittelbau- und Studentenkurie zusammen gesetzt waren.